

TEXT PODCAST

29. Oktober 2013

Sendefähige O-Töne zum Thema:

Forderungen für die neue Legislaturperiode: Pressekonferenz mit Bundesdatenschutzbeauftragtem Schaar und vzbv-Vorstand Billen

Zum Weltinternettag fordern der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar (BfDI), und der Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Gerd Billen, im Rahmen einer gemeinsamen Bundespressekonferenz die neue Bundesregierung sowie die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags auf, den Schutz personenbezogener Daten effektiv zu stärken.

Link zur Pressemitteilung: <http://www.vzbv.de/12414.htm>

O-Töne von

- Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Peter Schaar, Der Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:31 Min)

Das zentrale Vorhaben einer neuen Regierung muss es sein, dass das europäische Grundgesetz des Datenschutzes, die EU-Verordnung, die in Vorbereitung ist, dass die noch in dieser Legislaturperiode des europäischen Parlamentes verabschiedet wird. Frau Merkel muss jetzt zupacken und nicht weiter zaudern. Sie muss dafür sorgen, dass ihr Innenminister die grundlegenden Verbraucherrechte, die in dieser EU-Datenschutz-Grundverordnung festgeschrieben sind, auch realisiert und unterstützt.

O-Ton 2 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:41 Min)

Wir hinterlassen Daten, wir hinterlassen Spuren, und aus unseren Daten werden Profile erstellt. Diese Profile können manchmal zu durchaus komfortablen Dingen genutzt werden, wie einer vielleicht passgenauen Werbung, aber sie werden auch genutzt um unsere Bonität zu bewerten, um unsere Kreditwürdigkeit zu überprüfen. Das heißt, Datenschutz ist für Verbraucher zu einem existenziellen Thema geworden. Deswegen drängen wir natürlich auch in der kommenden Legislaturperiode darauf, dass die Bundesregierung sich energisch um den Datenschutz kümmert, um den Schutz unseres Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung, denn damit ist es leider nicht weit her.

O-Ton 3 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:40 Min)

Auf den Servern von US-Unternehmen liegen vier der fünf populärsten Suchmaschinen. Alleine Google hat in Deutschland einen Marktanteil von über 95 Prozent. Drei der sieben populärsten E-Mail-Dienste speichern, sammeln und werten unsere Daten auf US-Servern aus. Deswegen ist es so wichtig, dass aus der Ausspähaffäre von Frau Merkel die richtigen politischen Schlüsse gezogen werden, denn es geht nicht nur darum, dass in Deutschland unser Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gesichert wird, es geht auch darum, dass die Kanzlerin sich dafür einsetzt, dass da wo unsere Daten heute liegen, ebenfalls diese Grundrechte gesichert werden.

O-Ton 4 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:43 Min)

Worum geht es bei dem, was in Brüssel verhandelt wird? Es geht darum, dass Unternehmen, die auf dem europäischen Markt agieren, die Rechte, die in Europa gelten, einhalten müssen. Es geht darum, dass Daten erst dann erhoben und verarbeitet werden dürfen, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher zugestimmt haben. Es geht darum, dass Nutzern und Verbraucherinnen und Verbrauchern klar ist, welche Daten von ihnen abgefragt werden und sie verstehen, was mit diesen Daten geschieht. Es geht darum, dass man gegen Verstöße gegen Datenschutzrecht wirksame Sanktionen verfügt, und es geht darum, dass Datenschutzbehörden und Verbraucherorganisationen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher auch kollektiv wahrnehmen.

O-Ton 5 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:37 Min)

Entscheidend ist, dass sich die große Koalition für den Schutz der Daten in Europa einsetzt und Frau Merkel die übrigen Regierungen in der EU mit überzeugt, aber auch mit dazu bewegt, dass diese EU-Datenschutzgrundverordnung noch Anfang nächsten Jahres verabschiedet wird. Das ist der entscheidende Baustein, das ist der wichtigste Schritt, damit wir in Europa Rechtsklarheit und Rechtssicherheit bekommen, damit Verbraucher Vertrauen gewinnen in digitale Produkte und digitale Dienstleistungen, denn dieses Vertrauen hat in den letzten Wochen und Monaten stark gelitten.

O-Ton 6 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:36 Min)

Aus Verbrauchersicht ist es natürlich etwas misslich, wenn der komplette Datenschutz und die wichtigen Themen der digitalen Welt nur im Innenministerium angesiedelt sind. Ich finde es völlig in Ordnung und sinnvoll, dass der Innenminister sich um innere Sicherheit kümmert, das ist sozusagen sein Job. Aber es gibt viele Themen, bei denen Verbraucher auch Schutz vor dem Staat brauchen, also wo es auch einen Anwalt in der Bundesregierung geben muss, sei es in Person der Verbraucherministerin, der Justizministerin oder anderer Konstruktionen, die hier dem Staat Einhalt gebieten, denn darin liegt ja sozusagen eine Gefahr, dass das was möglich ist, dann eben auch gemacht wird.

O-Ton 1 Peter Schaar, (BfDI) (0:46 Min)

Die europäische Datenschutzreform ist von ganz großer Bedeutung. Wir wissen ja, dass Google, dass Facebook, dass Apple, dass alle amerikanischen Unternehmen dazu verpflichtet sind, nach dem US-Recht sehr weitgehend mit den US-Nachrichtendiensten, speziell mit der NSA, zu kooperieren und dabei auch in großem Umfang Daten preiszugeben. In diesem Zusammenhang steht es dann eben auch zu fragen: was darf Apple, was darf Google, was darf Facebook? Nach welchen Gesichtspunkten werden Daten übermittelt? Wie werden sie verarbeitet? Wie werden sie weitergegeben? Das ist ein Punkt, mit dem sich auch diese Datenschutzgrundverordnung auseinandersetzen soll und will.

O-Ton 2 Peter Schaar, (BfDI) (0:41 Min)

Das europäische Parlament hat eine wie ich finde ziemlich gute Vorlage geliefert, als es in der letzten Woche eine Entschließung zur Datenschutzgrundverordnung verabschiedet hat. Jetzt liegt der Ball beim Rat der Regierungschefs. Nun vernehme ich, dass man sagt: Wir wollen diese Grundverordnung nicht im kommenden Jahr, sondern möglicherweise erst im Jahr 2015. Wer dieses Reformvorhaben verzögert, gefährdet es in unverantwortlicher Weise. Deshalb appelliere ich an die Verantwortlichen auch in der Bundesregierung, dieses Vorhaben voranzubringen und zwar möglichst zügig und nicht abzuwarten, bis diese Chance vergangen ist.

O-Ton 3 Peter Schaar, (BfDI)**(0:45 Min)**

Auch auf nationaler Ebene besteht Handlungsbedarf. Wir können nicht warten, bis sämtliche Datenschutzregeln in Europa auch global verändert worden sind. Bestimmte Bereiche sollen ja auch durch die europäischen Datenschutzregeln überhaupt nicht normiert werden. Dazu gehört zum Beispiel der Umgang mit Gesundheitsdaten, dazu gehört der Umgang mit Daten, die über Beschäftigte im Arbeitsverhältnis gesammelt werden. Da gibt es ausdrückliche Regelungssachverhalte, die dem nationalen Recht zugänglich sind. Da sehe ich auch einen Handlungsbedarf, da erwarte ich von der neuen Koalition auch sehr konkrete Verabredungen darüber, wie man diese Daten effektiver, wie man sie besser schützen kann.

O-Ton 4 Peter Schaar, (BfDI)**(0:44 Min)**

Die Vorratsdatenspeicherung ist zwar nicht gleichzusetzen, mit dem was die amerikanischen Nachrichtendienste machen, aber der Ansatz ist doch sehr ähnlich, nämlich dass man ansatzlos, also nicht gegen konkrete Personen gerichtet Daten sammelt und zwar über den gesamten Telekommunikationsverkehr, dass hierbei so genannte Metadaten aufgezeichnet werden und dass diese Daten dann ausgewertet werden im Sinne der Kriminalitätsbekämpfung und der Gefahrenabwehr. Ich muss sagen, dieser Ansatz würde die Glaubwürdigkeit auch Europas in der globalen Diskussion schwächen und Deutschland ist von sehr großer Bedeutung für den Fortgang dieser Debatte.

O-Ton 5 Peter Schaar, (BfDI)**(0:31 Min)**

SWIFT, - hier denke ich, geht es ganz direkt um den Zugriff von amerikanischen Behörden auf europäische Daten und zwar auf europäische Daten, die in Europa gespeichert sind. Das Europäische Parlament hat trotz Datenschutzkritik ja ein solches Abkommen gebilligt, hat aber jetzt - und das finde ich sehr richtig - gesagt, das muss ausgesetzt werden, nachdem es sehr ernstzunehmende Berichte darüber gibt, dass die amerikanische Seite sich nicht an diesen Rahmen hält.